

# Für ein solidarisches Köln: sozial und ökologisch

Bezirkswahlprogramm  
für Kalk

**DIE LINKE.**

MACHT, WAS EUCH BEWEGT!





2012 | [flic.kr/p/bXjeEF](https://flic.kr/p/bXjeEF) | CC BY-NC-ND 2.0

## Wem gehört die Stadt?

Die Veedel in unserem Stadtbezirk sind umkämpft. Setzen sich die Investoren durch, um die Stadt weiter im Sinne ihrer Profitinteressen umzubauen oder die Menschen, die ihr Recht auf bezahlbare Wohnungen, einen sinnvollen Verkehr, Freizeit- und Grünflächen verteidigen wollen?

In Rath-Heumar, Ostheim und Neubrück setzen sich Anwohner\*innen für eine Nutzung des Rather Sees für alle und gegen den Bau einer kommerziellen Wasserski-Anlage ein.

Seit Jahren kämpfen die Anwohnerinnen und Anwohner in Kalk und Buchforst gegen die Hubschrauber-Station auf dem rutschenden, giftigen Kalkberg und noch immer halten Teile der Verwaltung an diesem irrwitzigen Projekt fest.

Die Bahn AG plant eine mindestens sechsjährige Nachbaustelle in Humboldt-Gremberg. Die neue ICE-Trasse entlang der Gießener Straße beschleunigt zwar die Fernverbindungen – wenn dies nicht am Nadelöhr Hohenzollernbrücke scheitert – hilft dem Nahverkehr und den Anwohner\*innen aber nicht. Sie leiden lediglich unter Lärm, Dreck und noch mehr Verkehrschaos.

Im Kalker Süden sind die Industriebrachen auf dem ehemaligen KHD-Gelände umstritten: Werden sie mit überflüssigen Büros und teuren Wohnungen vollgebaut oder entsteht dort eine gute Mischung aus Grün- und Freiflächen, bezahlbaren Wohnungen und kultureller Nutzung?

Die Gestaltung dieses Geländes wird unseren Stadtbezirk auf längere Sicht mitprägen. Hier bestand die Chance, mit breiter demokratischer Beteiligung freie Flächen zu gestalten. Die Stadt verzichtete darauf und plante zusammen und im Interesse privater Investoren. Widerstand und Engagement von vielen Kalker\*innen haben dies zunächst verhindert. So konnte der Erhalt des innerstädtischen Gartenprojektes „Pflanzstelle“ auf dem bisherigen Platz erreicht werden. Doch die Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden, Engagement weiter erforderlich.



2000 | [flic.kr/p/E2TXU9](https://flic.kr/p/E2TXU9) | CC BY-SA 2.0  
2007 | [flic.kr/p/zErwm](https://flic.kr/p/zErwm) | CC BY-NC 2.0

## Menschen statt Profite

Die Kalker LINKE steht bei all diesen Auseinandersetzungen an der Seite all derjenigen, die gegen die Profitinteressen und für ein besseres Leben in unseren Stadtteilen kämpfen.

Unser Stadtbezirk wurde und wird von Verwaltung und Ratsmehrheit vernachlässigt. Im Stadtteil Kalk gibt es keine Industriearbeitsplätze mehr, die letzten 100 bei einer KHD-Tochter wurden 2016 vernichtet, ohne dass die Stadt etwas unternahm – sie waren Wohnungsbauplänen im Weg. Es gibt neue Jobs wie bei der Hochschule des Landes aber die sind oft nichts für die Leute, die hier wohnen. Diese pendeln weiter woanders hin, andere pendeln rein, der Verkehr nimmt zu.

Die Schulen in unserem Stadtbezirk sind teilweise in einem erbärmlichen Zustand. Unseren Kindern wird viel zugemutet. Lehrer\*innen und OGS-Mitarbeiter\*innen kämpfen mit viel Engagement, aber können am baulichen Zustand und am Mangel an Fachkräften wenig ändern. Auch Kita-Plätze fehlen.

## **Global denken, lokal handeln**

Um den Klimawandel zu stoppen, muss die Wirtschaft nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten demokratisch umgebaut und geplant werden. Um Arbeit und Arbeitslosigkeit zu überwinden, muss die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt und die Arbeit auf alle verteilt werden. Um die Wohnungsnot zu überwinden, müssen die Immobilienkonzerne enteignet und vergesellschaftet werden. Kurz: Wir müssen den Kapitalismus überwinden, ein System, welches auf Konkurrenz basiert, nur einer Minderheit nutzt und enorme soziale und ökologische Zerstörungen anrichtet.



2018 | L. H.

Wir können vor Ort anfangen, die Verhältnisse zu verändern. Mit mehr Grünflächen können wir die Auswirkungen des Klimawandels mildern. Mit dem Widerstand gegen dreiste Vermieter können wir den Mietenanstieg bremsen. Wenn wir uns Freiräume und Flächen erobern, schränken wir die Macht der wirtschaftlich Herrschenden ein und gewinnen an Selbstbewusstsein. Unser Stadtbezirk muss umgebaut werden. Wir brauchen bezahlbare kommunale Wohnungen für alle. Wir brauchen eine wahre Revolution beim Verkehr – einen massiven Ausbau der KVB bei gleichzeitiger Senkung der Ticketpreise bis zum Nulltarif. Wir brauchen Platz für Fahrräder und Fußgänger\*innen und eine Zurückdrängung des Autos – bei gleichzeitiger Schaffung von Alternativen für die Autofahrer\*innen. Um das zu erreichen, müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam handeln. Wir dürfen uns nicht spalten lassen – weder in Fahrradfahrer\*innen gegen Autofahrer\*innen oder Arbeitnehmer\*innen gegen Erwerbslose, jung gegen alt.

Und schon gar nicht in Deutsche gegen Nichtdeutsche. Egal, woher wir kommen: Wir „normalen Leute“, Gering- und Durchschnittsverdiener\*innen haben

das gleiche Interesse an einem besseren Leben, Wohnen ohne Sorgen, gute Bildung für unsere Kids, einen Job, von dem man leben kann und der Spaß macht, eine würdige Rente. Fremdenhass und Rassismus spalten uns und führen dazu, dass wir nicht effektiv für unsere sozialen Interessen eintreten.

Die LINKE setzt sich gegen jede Form von Rassismus und Ausgrenzung ein, gegen jede Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Daher konfrontieren wir die AfD und andere Rassisten und Faschisten, wenn sie Aufmärsche, Veranstaltungen oder Infostände in unseren Veedeln durchführen wollen.

Nur gemeinsam sind wir stark in unserem Kampf für ein besseres Leben für alle.



2018 | [flic.kr/p/LfRiKy](https://flic.kr/p/LfRiKy) | CC BY-NC 2.0

## Deckel auf die Miete, Vonovia enteignen

Die Mieten steigen auch in unserem Stadtbezirk. Viele von uns bezahlen über 30 oder sogar 40 bis 50% des Einkommens für die Miete. Nettokaltmieten von 12 Euro sind auch in Kalk, Humboldt-Gremberg oder Höhenberg eher die Regel als die Ausnahme. Wohnungen werden zweckentfremdet – durch Vermietung an Tourist\*innen über Airbnb – oder stehen leer.

Vonovia, dem größten Wohnungskonzern Deutschlands, gehören in Köln Tausende Wohnungen, davon viel in Kalk Nord. Vonovia hat 2018 bundesweit einen operativen Gewinn von 1,07 Milliarden Euro erzielt. Bei 224 Millionen Quadratmeter Wohnfläche sind dies 3,99 Euro Profit pro Quadratmeter und Monat. Würde dieser entfallen, könnte die Monatsmiete einer Durchschnittswohnung von 62 Quadratmeter um 247,38 Euro monatlich gesenkt werden.

Mit dem Ruf „Wohnungen bauen“ werden vor allem im Stadtteil Kalk die letzten Brach- und Grünflächen zubetoniert. Dort entstehen zwar auch etwas günstigere Wohnungen der städtischen

GAG, doch die Mehrzahl der neuen Wohnungen treibt das Mietniveau nach oben. Kalk wird zudem zugebaut, weil in anderen Stadtteilen große Flächen verbraucht werden, um Luxuswohnungen zu bauen – so in Mülheim Süd und teilweise auch im Deutzer Hafen. Wir sollen Verdichtung und Enge ertragen, damit die Reichen in ihren Lofts einen ungestörten Rheinblick haben.

Wir können diese Probleme allein in unserem Stadtbezirk nicht lösen. Aber wir können im Veedel anfangen, uns dagegen zu wehren.

- Die LINKE wird sich in der Bezirksvertretung Kalk dafür einsetzen, mehrere Stellen für „Kalker Beauftragte gegen Leerstand, Zweckentfremdung und Mietwucher“ im Bezirksamt einzurichten. Diese werden als Anlaufstelle für Bürger\*innen dienen, die Probleme mit ihrem Vermieter haben. Sie sollen auch selbst tätig werden, die Veedel besuchen, den Leerstand im Bezirk erfassen, Verdachtsfälle von Zweckentfremdung dokumentieren usw.
- Wir unterstützen den Aufbau von Mieter\*innen-Räten und Initiativen, die sich gegen den Bau von Luxuswohnungen und den Verkauf städtischer Grundstücke an private Investoren einsetzen.
- Wir wollen die Mieten deckeln – nach Berliner Vorbild. Die Mieten dürfen keinen Cent mehr als 9 Euro Nettokaltmiete betragen, ältere Wohnungen mit niedrigeren Standards müssen entsprechend günstiger sein. Eine Regelung

für alle Wohnungen lässt sich nur gesetzlich auf Landesebene beschließen. Aber die Stadt Köln kann heute anfangen und diese Regelung bei der städtischen Gesellschaft GAG sofort umsetzen.

- Wir fordern die Enteignung von Vonovia und allen großen Wohnungskonzernen. Auch das wäre gesetzlich auf Landesebene zu regeln. Doch der Kampf dafür, die Forderung bekannt zu machen und dafür zu mobilisieren, beginnt in den Veedeln. Das zeigt das Beispiel Berlin, wo inzwischen eine Mehrheit der Bevölkerung die Enteignung der Immobilienkonzerne begrüßen würde.
- Damit genug Platz ist für günstige Wohnungen, muss der Bau von Luxuswohnungen und unnützen Büro-Quadratmetern sofort gestoppt werden. Wir lehnen es ab, auch nur ein städtisches Grundstück an private Investoren zu verkaufen.
- Wir fordern den Neubau von Wohnungen durch die GAG und eine weitere neu zu gründende städtische Wohnungsgesellschaft. Neben langfristig günstigen Mieten sind neue Wohnformen wie Mehrgenerationen-Wohnen und Wohngemeinschaften zu berücksichtigen.
- Die LINKE lehnt Notunterkünfte als mittel- oder langfristige Lösung ab. Wir fordern „Housing First“ – für obdachlose Menschen und für Geflüchtete müssen menschenwürdige Wohnungen bereitgestellt werden. Wir kämpfen für das Recht auf Wohnen für alle Menschen.



2017 | Berthold Bronisz | r-mediabase.eu

## Nulltarif für Bus und Bahn - KVB ausbauen

Der Autoverkehr nimmt seit Jahren zu. Die Straßen unserer Städte sind überfüllt. Tägliche Staus belasten nicht nur die Autofahrer\*innen, sondern auch Anwohner\*innen und andere Verkehrsteilnehmer\*innen. Die Luftqualität und die Menschen leiden durch zunehmende Autoabgase. Eine autogerechte Stadt ist eine städtebauliche und verkehrspolitische Maßnahme der Vergangenheit. Der Stadtteil Neubrück ist nicht an die Stadtbahn angebunden. Die rechtsrheinischen Stadtteile sind nur unzureichend miteinander verbunden. Bezuglich der Verkehrssituation in den zum Bezirk Kalk gehörenden Stadtteilen treten wir für eine deutlich bessere Vernetzung der rechtsrheinischen Stadtteile durch den ÖPNV ein.

Dies könnte durch die Schaffung einer Ringbahn realisiert werden, die z.B. Holweide, Dellbrück, Merheim, Neubrück, Vingst und Poll miteinander verbindet sowie einer Stadtbahn, die zwischen Neumarkt und Neubrück fährt. Das Verkehrskonzept in Köln ist primär auf den individuellen Autoverkehr abgestimmt. Die Fahrradspuren auf der

Kalker Hauptstraße oder die sogenannten Radwege auf der Kalk-Mülheimer Straße sind nur mit Mut zum Risiko nutzbar. Heute gibt es zwar schon recht großzügige Bürgersteige und Fahrradwege dort. Bei Letzteren stehen ständig falsch parkende Autos im Weg. Es gibt kaum noch Flächen, die nicht von Autos in Anspruch genommen werden, sei es fahrend oder parkend. Gerade in Zeiten der globalen Klimakrise darf der individuelle Autoverkehr keine Priorität haben. Hierfür ist es notwendig, die Frequenz bei Bussen und Bahnen zu erhöhen. Derzeit steht man tatsächlich zu Hauptverkehrszeiten bis zu zwanzig Minuten wortend am Bahnsteig, um sich dann in eine überfüllte Bahn zu quetschen – und das in einer Millionenstadt –, während sich oberirdisch ein Auto an das andere reiht.

Auch 2020 wurden Fahrpreise erhöht. Oft hören wir von Verkehrsbetrieben, so auch von der KVB, man wolle zwar den ÖPNV ausbauen, aber die Senkung der Preise oder gar der Nulltarif seien nicht nötig oder sogar hinderlich beim Ausbau. „Die Menschen“, heißt es, wollten einen besseren Verkehr, aber sie seien bereit, dafür zu zahlen. Das ist nicht richtig. Viele Menschen in unserem Stadtbezirk können sich weder ein Monatsticket noch teure 3-Euro-Einzelfahrten leisten. Sie werden somit von der KVB ausgeschlossen oder fahren „schwarz“ und riskieren Strafen.

Öffentlicher Verkehr ist eine öffentliche Aufgabe. Er muss durch Steuern finanziert werden, weil diese sich nach dem Einkommen richten. Auch die Unternehmen haben ein Interesse daran,

dass sich ihre Arbeitnehmer\*innen flexibel und schnell in der Stadt bewegen können. Daher setzen wir uns für einen Nulltarif im ÖPNV ein, finanziert z.B. durch Bundes- und Landesmittel, eine Erhöhung der Gewerbesteuer oder die Einführung einer Nahverkehrsabgabe für Unternehmen.

Die KVB muss in jeder Hinsicht ausgebaut werden. Wir brauchen neue Strecken für Bahnen und Busse. Wir brauchen eine Verdichtung des Taktes, wenn möglich. Die absurde Situation, dass es U-Bahn-Stationen ohne Fahrtücher gibt, muss schnellstens beendet werden. Bauzeiten wie an Kalk Post, wo der Bau fast drei Jahre gedauert hat, sind nicht hinzunehmen.

- KVB zum Nulltarif – Bus und Bahn ausbauen.
- Eine rechtsrheinische Ringbahn von Mülheim bis Porz. Sofortige Einführung einer gut getakteten Expressbus-Linie entlang der Frankfurter Straße bis zur Fertigstellung der Ringbahn.
- Stadtbahn-Anbindung von Neubrück.
- Kalker Hauptstraße autofrei!
- Flächendeckende Tempo-30-Zonen auf innerstädtischen Straßen.
- Einrichtung temporärer und dauernder echter Spielstraßen
- Einrichtung von Fahrradstraßen



## Jobs & Soziales

Die Erwerbslosigkeit in unserem Stadtbezirk ist überdurchschnittlich hoch. Im Stadtteil Kalk wurden 2016 die letzten hundert Arbeitsplätze in einem Produktionsbetrieb vernichtet. Bei Kronenbrot in Höhenberg werden Jobs abgebaut.

Die LINKE.Kalk fordert eine Offensive von Land und Stadt zur Schaffung von qualifizierten und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen für die hier lebenden Menschen – im Bereich Bildung, in den Krankenhäusern, für den Wohnungsbau und den Umweltschutz. Gleichzeitig muss die Qualifizierung verstärkt werden, um die vom Arbeitsmarkt Abgehängten in gute Jobs zu integrieren. Wir brauchen sofort einen höheren Mindestlohn von 13 Euro. Das ist eine bundesweite Aufgabe. Aber die Stadt Köln kann vorangehen: Alle öffentlichen Aufträge sollten nur an Firmen vergeben werden, die diesen erhöhten Mindestlohn bezahlen.

Es war ein großer Fehler, die letzten hundert Industriejobs im Stadtteil Kalk auf dem KHD-Gelände nicht zu retten. Die LINKE.Kalk hatte vorgeschlagen, einen Rettungsschirm für Arbeitsplätze und nicht für Banken aufzuspannen und den

Metallbetrieb in öffentliches Eigentum zu übernehmen. Allein für den ökologischen Umbau unseres Stadtbezirks brauchen wir industrielle und handwerkliche Fähigkeiten der Beschäftigten.

Köln ist eine reiche Stadt. Arm sein in einer reichen Stadt ist besonders hart, weil die Preise hoch sind und man die Wohlhabenden vor Augen hat. 32.000 Kinder, fast 25% aller Kinder in Köln sind arm, in unserem Stadtbezirk ist die Quote noch höher. Verwaltung und etablierte Parteien reden vom Wachstum, viele gut verdienende Menschen ziehen hierher. Für diejenigen, die abgehängt und abgedrängt sind, interessieren sich die Politiker\*innen nicht. Der schlechte Zustand der Schulen und deren Unterfinanzierung zementieren Armut und soziale Isolation.

Statt Arbeit, von der man leben kann, und guter Weiterbildung bekommen viele Menschen in unserem Stadtbezirk nur die Unterdrückung des Hartz-Regimes zu spüren. Die LINKE hat immer gegen die Hartz-Gesetze gekämpft und fordert deren Abschaffung. Statt ALG2 fordern wir eine sanktionsfreie Grundsicherung von 1050 Euro. Auch hier kann die Stadt Köln anfangen und die ARGE anweisen, ab sofort auf sämtliche Sanktionen zu verzichten.

Neben den Sanktionen und Schikanen der ARGE müssen die Erwerbslosen aus unserem Stadtbezirk durch die ganze Stadt fahren, um dorthin zu kommen. Die Zentralisierung der ARGE in Ossendorf muss rückgängig gemacht werden.

Immer mehr Filialen der Post oder Sparkasse wurden und werden geschlossen.

Das ist eine Belastung vor allem für Seniorinnen und Senioren. Wir wollen alle wichtigen öffentlichen Dienstleistungen erhalten. Wir wollen stattdessen Service-Points in jedem Stadtteil, in denen Einrichtungen Post, Sparkasse, Büros von Rheinenergie und KVB konzentriert werden.

- Vergabe öffentlicher Aufträge im Stadtbezirk Kalk und ganz Köln nur an Firmen, die einen erhöhten Mindestlohn von 13 Euro pro Stunde zahlen.
- Übernahme von Betrieben, die von Schließung bedroht sind, in öffentliches Eigentum und Erhalt aller Arbeitsplätze.
- Sofortiger Stopp von Sanktionen der ARGE gegen ALG2-Empfänger\*innen.
- Eine Anlaufstelle von Arbeitsagentur/ARGE im Stadtbezirk Kalk, Schluss mit den Fahrten nach Ossendorf.
- Kein Abbau von Filialen von Post, Sparkasse usw.



## Kultur ohne Kommerz, Sport mit Spaß

Zu guter Bildung gehört auch die kulturelle Teilhabe. Die Möglichkeiten, ein Theater, Konzert oder Museum zu besuchen oder selbst kreativ zu werden, sind in den Kölner Bezirken sehr ungleich verteilt. Wir setzen uns für einen wohnortnahen Zugang zu Kultur und den Abbau finanzieller Hürden ein, damit alle Kölner\*innen die Möglichkeit haben, die Vielfalt der Kultur zu erfahren und an ihr mitzuwirken.

Wir brauchen Orte, an denen man sich wohlfühlt oder kreativ oder entspannt sein kann. Der öffentliche Raum sollte das bieten. Er muss den Menschen möglichst ungehindert zur Verfügung stehen.

Dafür zu sorgen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Eingriffe in die Nutzung öffentlicher Flächen sollten die Stärkung des allgemeinen Zugangs im Sinn haben – nicht dessen Einschränkung oder Kommerzialisierung. Zum öffentlichen Raum gehören nicht nur Plätze, Straßen oder Grün- und Sportanlagen, sondern auch kulturelle Räume wie Museen oder Stadtteilbibliotheken.

- Ratherseefrei! Gegen den Bau einer kommerziellen Wasserski-Anlage am Rather See (Neubrücker Baggerloch), für die Öffnung von Privatgelände für die öffentliche Nutzung, wenn dies im öffentlichen Interesse ist.
- Stadtteilbibliotheken in jedem Stadtteil zumindest in der Form einer Kinder- und Jugendbibliothek.
- Die Einrichtung eines kommunalen Cannabis Social Clubs als Modellversuch zur Abgabe von Cannabis.
- Den Ausbau der Bäder: Ausweitung der Öffnungszeiten im Höhenberg-Bad bis 21:00 Uhr auch am Wochenende, keine Schließung oder Einschränkung der Sauna. Häufigere und verlässliche Öffnungszeiten im Vingster Freibad.
- Mehr Wasserflächen in ausreichender Tiefe, das heißt ein neues Hallenbad im Stadtbezirk, mit Sprung- und Tauchmöglichkeiten.
- Entsiegelung und mehr öffentliche Grünflächen und naturnahe Pflege der bestehenden Flächen.
- Mehr und besser ausgestattete Anlagen für Jugendliche wie Bolzplätze oder Skateranlagen.
- Mehr Kleingärten im Bezirk - jeder Stadtteil braucht mindestens eine Kleingartenanlage, so dass langfristig auf je 100 Einwohner zwei Kleingärten kommen.
- Gemeinschaftsgärten von Kitas, Schulen, Jugendgruppen, Initiativen und Senioren innerhalb existierender und neuer Kleingartenanlagen.

- Für die Öffnung der Pausenhöfe nach Schulschluss.
- Einen leichteren Zugang von nicht vereinsgebundenen Sportler\*innen zu städtischen Sporteinrichtungen wie Turnhallen.
- Die lange geplante und zugesagte Sanierung der städtischen Hallen in der Neuerburgstraße und deren öffentliche, kulturelle Nutzung durch die Museen, die Bühnen und/oder den Tanz der Stadt Köln und die Menschen in Kalk.



2020 | flic.kr/p/2igstRq | CC BY-NC-ND 2.0

## Kalk for Future - vor Ort gegen den Klimawandel

Insbesondere seit dem Aufkommen von „Fridays for Future“ ist das Thema Klimaschutz ein zentrales Thema. Auch im Alltag spüren wir die Veränderungen. Die Landwirtschaft kämpft gegen trockene Böden, die Forstwirtschaft hat mit dem Sterben von Bäumen und ganzer Wälder durch Hitzeperioden zu kämpfen. Wir erleben häufiger Starkregenereignisse oder heiße Sommer mit Dürreperioden.

Gerade in dicht besiedelten urbanen Gebieten, wie wir sie in unserem Stadtbezirk haben, kommt dem Klimaschutz eine besondere Bedeutung zu. In der Stadtplanung stellt dies eine Herausforderung dar, denn Klimaschutz ist nicht nur ein wichtiges umweltpolitisches Thema, sondern auch gesundheitspolitisch drängend.

Durch die Verdichtung des öffentlichen Raums bleibt in heißen Sommern kaum Luft zu atmen. Versiegelte Böden erhitzen die Städte, der Regen kann nicht mehr versickern. Es kommt zu Überschwemmungen und ernsthaften gesundheitlichen Problemen gerade bei älteren oder kranken Menschen.

Mit einigen Anträgen zum Klimaschutz hat die LINKE in der Bezirksvertretung Kalk bereits dazu beigetragen, dass das Thema bei der Stadtentwicklung eine größere Rolle spielt. Wir wollen bessere Luft in den Städten und mehr Grün in Kalk.

- Dachbegrünung auf allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Köln sowie auf allen neuen Gebäuden, die durch die GAG entstehen, da dies zur besseren Luftqualität im Stadtbezirk beiträgt.
- Im Kampf gegen den Klimawandel nehmen erneuerbare Energien eine zentrale Rolle ein. Die Stadt Köln muss auch bei der Stromgewinnung umdenken. Wir fordern eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne mit demokratischer Kontrolle der öffentlichen Akteure der Daseinsvorsorge.

- Nur durch staatliche Kontrolle und Eingriffe in die Rahmenbedingungen des Energiesektors können soziale Schieflagen in der Grundversorgung der Menschen verhindert werden.
- Wir fordern Photovoltaik- Anlagen auf allen öffentlichen, aber auch privaten Gebäuden und somit eine dezentrale Stromversorgung durch eine kommunale Energieversorgung mit Beteiligung der Menschen vor Ort. Baugenehmigungen dürfen nur noch erteilt werden, wenn dies Berücksichtigung findet.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Flächen entsiegelt werden. Uferbereiche müssen renaturiert werden, um Hochwasserschäden zu minimieren. Dies ist insbesondere im Hinblick auf Starkregenereignisse, bei den Regenwasser nicht mehr versickern kann, aber auch auf die Hitzeeentwicklung der Böden ein wichtiger Aspekt.



2011 | [flic.kr/p/aWMdGZ](https://flic.kr/p/aWMdGZ)  
CC BY-NC 2.0

## Gemeinsam gegen Rassismus

Der Stadtbezirk Kalk ist geprägt von seiner multikulturellen Struktur. Menschen aus vielen Nationen finden hier ein Zuhause und leben friedlich zusammen. Kalk wird aber leider immer wieder von

rechter, völkischer und nationalistischer Propaganda heimgesucht. Die Einwohner\*innen unseres Stadtbezirks stellen sich dem entgegen. Damit dies auch weiterhin so bleibt, braucht es ein starkes zivilgesellschaftliches und politisches Engagement. Eine Spaltung dürfen wir nicht zulassen.

In der Vergangenheit haben die Kalkerinnen und Kalker Gesicht gezeigt gegen faschistisches Gedankengut. Rassismus und Menschenfeindlichkeit darf keinen Platz in unserem Stadtbezirk haben. Es kommt immer wieder zu unverhältnismäßigem Vorgehen der Polizei gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten; Migrantinnen und Migranten geraten bei Razzien aufgrund ihrer Nationalität, Religion oder Gruppenzugehörigkeit ins Visier der Polizei und erleben Schikanen. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass dies aufgeklärt wird und nicht mehr stattfinden darf.

Auch rufen wir dazu auf, dass die Stadt Köln Veranstaltungen mit menschenfeindlichen Inhalt nicht mehr in öffentlichen Gebäuden des Stadtbezirks, wie z.B. dem Bürgerhaus Kalk, zur Verfügung stellen darf, wie zuletzt im April 2019, als die AfD dort gegen den Widerstand von 2000 Kalker\*innen tagte. Damit auch zukünftig antirassistische Initiativen ihren Widerstand deutlich machen können, werden wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere diese Initiativen politisches Gehör finden und gestärkt werden.

- Keine öffentlichen Räume für faschistische und rassistische Gruppen

- Alerta Antifascista! Massenmobilisierung gegen die Aufmärsche, Veranstaltungen und Informationsstände von rassistischen und faschistischen Organisationen
- Gegen polizeiliches „Racial Profiling“ und andere auf bestimmte Personengruppen ausgerichtete Kontrollkriterien
- Gegen die polizeilichen Razzien in der Taunusstraße in Humboldt-Gremberg, die sich nicht gegen Kriminalität, sondern gegen die gesamte arabische Community dort richten
- Gegen die flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums



2017 | [flic.kr/p/GqsFKe](https://flic.kr/p/GqsFKe) | CC BY 2.0

## Bildung für alle

Dass die Schere zwischen Arm und Reich in Köln immer größer wird, ist nicht nur anhand der unbezahlbaren Mieten zu erkennen. Auch der Plan zum „Schulbaunotstand“, der von der Stadt beschlossen wurde, zeigt dies deutlich. Seit 2016 ist der Stadt bekannt, dass die

kommenen Jahre mehr Kinder geboren werden als Kita- und Schulplätze zur Verfügung stehen. Trotzdem befindet sich in der Kategorie A der dringendsten Projekte kein einziger Neubau. Es wird lediglich Geld in den Erhalt der bestehenden Struktur gesetzt. Auf den ersten Plätzen befinden sich Gymnasien in Porz, Ehrenfeld und Lindenthal.

Ostheimer Grundschüler\*innen fahren täglich mit dem Bus nach Kalk, weil ihre Schule aufgrund von Schadstoffen in der Luft nicht genutzt werden kann. Die Schüler\*innen der Kalker Grünebergschule und der Katholischen Grundschule Kapitelstraße müssen sich mit versetzten Pausen den gleichen Schulhof teilen, der nur für eine Schule reicht. Seit Jahren stehen dort Baugerüste und Zäune. Es gibt zu wenig Räume für den Nachmittagsunterricht. Die Reparatur der Sporthalle der Katharina-Henoth-Gesamtschule in Höhenberg ließ viele Jahr auf sich warten. Schüler\*innen in unserem Stadtbezirk leiden besonders unter dem Sanierungsstau. Nur das starke Engagement der Lehrer\*innen und sonstigen pädagogischen Kräfte verhindert bei den Schüler\*innen den Frust.

In Köln fehlen im Jahr 2020 rund 950 Plätze an Gesamtschulen. Wir brauchen den sofortigen Ausbau dieser Schulform, gerecht über alle Veedel hinweg, begonnen mit den Stadtteilen, wo der Bedarf am dringendsten ist und nicht nur in Veedeln., wo gut mit der Politik vernetzte Elternräte die kommunale Politik unter Druck setzen.

Der Notfall- Plan sieht ebenfalls vor, dass Schulen künftig vermehrt von

privaten Trägern gebaut werden sollen wie das bei Kitas bereits der Fall ist. Die LINKE lehnt die sogenannte Private Public Partnership ab. Langfristig profitieren davon nur die privaten Investoren. Die Stadt muss hier selbst aktiv werden und den Bau von Schulen und Kitas vorantreiben.

Der Bau einer Gesamtschule durch das katholische Erzbistum Köln auf einem von der Stadt zu einem geringen Preis verkauften Grundstück im Kalker Süden ist keine gute Lösung. Die Mehrheit der Kinder in Kalk ist nicht katholisch, sondern bunt gemischt, ohne Religion, muslimisch, in verschiedenen Varianten christlich. Diese Kinder brauchen eine staatliche, städtische Schule ohne religiöse Prägung. Dazu kommt, dass die Mitbestimmung der Beschäftigten in kirchlichen Betrieben eingeschränkt ist. Wir kämpfen für eine demokratische Schule, in der Lehrer\*innen, pädagogisches und nicht-pädagogisches Personal sowie die Schüler\*innen nicht weniger, sondern mehr demokratische Rechte haben.

Das deutsche Bildungswesen benachteiligt Kinder aus der Arbeiter\*innenklasse. Das dreigliedrige Schulsystem, die Vernachlässigung von Schulen und zu geringe Investitionen in Personal, Lehrmittel und Gebäude festigen die Spaltung aufgrund des Einkommens. Die LINKE kämpft für eine Verbesserung der Situation vor allem in den ärmeren Stadtteilen.

- Eine neue städtische Gesamtschule im Stadtbezirk bis zum Jahr 2023.

- Rückabwicklung des Grundstücksverkaufs in der Christian-Sünner-Straße an das katholische Erzbistum.
- Ausbau von Kitas und Schulen durch die Stadt, nicht durch private Investoren.
- Einen Plan zur Schaffung ausreichend Kita-Plätzen im Stadtbezirk bis zum Jahr 2022.
- Ausbau von Spielplätzen und Sportanlagen.



2020 | 4904920 | pixabay

## Erhalt und Ausbau der städtischen Kliniken

Im Jahr 2018 startete die Stadtspitze um Oberbürgermeisterin Reker eine Diskussion bezüglich eines sogenannten Klinikverbundes der Uniklinik und der städtischen Kliniken Köln. Der erste Entwurf für dieses Vorhaben sieht ein intransparentes Stiftungsmodell vor, welches die gesamte Kontrolle an die Leitung der Uniklinik abgibt und das wirtschaftliche Risiko in vollem Ausmaß bei der Stadt Köln belässt.

Bei einer Fusion mit der Uniklinik, die viele ausgegliederte Tochtergesellschaf-

ten unterhält, die den Tarif unterlaufen, kämen die Beschäftigten der städtischen Kliniken unter Druck, ihre bisher besseren tariflichen Bedingungen zu verlieren. Zudem wird die Schließung des Standortes Holweides diskutiert.

Die Corona-Krise hat vor allem in Italien und den USA gezeigt, welche verheerenden Folgen Kürzungen im Gesundheitswesen haben. Kliniken brauchen Reserven für Notsituationen, wir brauchen alle Betten, auch in Holweide.

Die Leitung der Uniklinik ist an "Spitzenmedizin" und an einer "Charité des Westens" interessiert, nicht an einer Grundversorgung der örtlichen Bevölkerung. Mit der Fusion würde die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten in der lokalen Gesundheitspolitik aus der Hand geben.

Wir lehnen die Fusion ab. Darüber hinaus ist es ohne Städtische Kliniken nicht möglich, Ärztehäuser in den Stadtteilen zu gründen, dazu wird ein städtisches Krankenhaus als Träger benötigt.

Auch warten wir weiterhin auf die Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Kalk. Es muss hier ein Angebot zur Prävention von Infektionen durch unreiniges Material geschaffen werden, genauso wie ein zusätzliches Angebot an Information für den Entzug. Der Konsum von Drogen betrifft weiterhin die Ärmsten der Ärmsten in unserem Bezirk!

- Erhalt der städtischen Kliniken. Keine Fusion mit der Uniklinik, keine Privatisierung.
- Erhalt des Klinikums Holweide.

- Mehr demokratische Kontrolle für Beschäftigte und Patient\*innen.
- Mehr Personal für die städtischen Kliniken, Einführung einer Mindestbesetzung, wie in vielen Kliniken (z.B. Jena, Charité usw.) vereinbart.
- Gründung von Ärztehäusern in Gremberg, Rath-Heumar und Neubrück unter Trägerschaft der Kliniken Köln.
- Einrichtung eines Drogenkonsumraums in Köln Kalk.

## Am 13. September 2020 DIE LINKE. wählen!

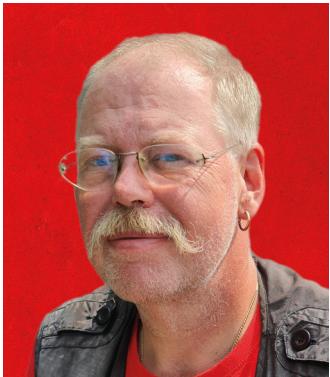
Machen Sie mit uns Kalk zu einem besseren Ort für Alle! **Wählen Sie am 13. September bei den Kommunalwahlen DIE LINKE** – nur dann können wir Köln und Kalk mit Ihnen gemeinsam verändern.

Weitere Infos zu unserem stadtweiten Programm finden Sie unter:  
[die-linke-koeln.de](http://die-linke-koeln.de)

## Unsere Kandidierenden für Kalk.



1. Tanja Gros



2. Heinz Peter Fischer



3. Denis Badorf



4. Anica Kempf



Claus Ludwig  
Direktkandidat für Humboldt/Gremberg, Kalk

# KONTAKT & INFOS

Infos: [die-linke-koeln.de](http://die-linke-koeln.de)  
Kontakt: [linke.kalk@gmail.com](mailto:linke.kalk@gmail.com)  
Facebook: [facebook.com/dielinkekoeln](https://facebook.com/dielinkekoeln)  
Instagram: [instagram.com/dielinkekoeln](https://instagram.com/dielinkekoeln)  
Twitter: [twitter.com/dielinkekoeln](https://twitter.com/dielinkekoeln)

Für Einladungen zu Podiumsdiskussionen o.ä.:  
[wahl2020@die-linke-koeln.de](mailto:wahl2020@die-linke-koeln.de)

## MITMACHEN UND EINMISCHEN!



**DIE LINKE. Köln kennenlernen**  
[kennenlernabend@die-linke-koeln.de](mailto:kennenlernabend@die-linke-koeln.de)

**Mitmachen im Wahlkampf-Aktivteam**  
[sergen.canoglu@die-linke-koeln.de](mailto:sergen.canoglu@die-linke-koeln.de)

**DIE LINKE.**

MACHT, WAS EUCH BEWEGT!